

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beizeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 39.

Dienstag den 16 Februar 1904.

11. Jahrg.

Stierze eine Beilage.

Rußland und Japan.

In den Operationen der Japaner scheint nach den Folgen bei Port Arthur und Tschemulpo ein gewisser Stillstand eingetreten zu sein; vermutlich beschränkt sich jetzt die Haupttätigkeit der japanischen Flotte darauf, die Truppentransporte, die zur Landung in Korea bestimmt sind, zu decken. Das Fehlen näherer Nachrichten aus Japan erklärt sich ferner zur Genüge durch die strenge Handhabung der japanischen Zensur sowie auch dadurch, daß der telegraphische Verkehr zwischen Europa und Japan infolge der Sperrung des Telegraphendienstes über die russischen Linien und infolge der Sperrung im direkten Verkehr mit Tokio erheblich verzögert und behindert wird. In England werden für die kommende Woche entscheidende Operationen erwartet; wahrscheinlich am Golf von Tiaotung. „Times“ urteilen, Japans bisheriges strategisches Vorgehen sei musterhaft. „Daily Telegraph“ ist der Ansicht, daß Japans Seeherrschaft bereits für die ganze Dauer des Krieges gesichert erscheine. Japans Großmachstellung beruhe bereits auf fester Grundlage. Nach „Daily News“ wird Port Arthur kaum einer Zernierung und Belagerung entgehen können, eine Kalamität, die Rußland der militärischen und maritimen Basis berauben würde.

Ueber einen neuen Verlust der Russen berichtet eine Depesche des Statthalters Alzejew an den Zaren: „Das Minentransportschiff „Zenissei“, Kommandant Kapitän zweiten Ranges Stepanow, das sich auf der Linie der Minensperre befand, ist am 11. d. Mts. infolge einer Explosion gesunken. Die „Zenissei“ hatte eine auftauchende Mine gesichtet und fuhr an sie heran, um sie durch einen Schuß unschädlich zu machen. Dabei wurde „Zenissei“ auf eine danebenliegende Mine getrieben, die unter feinem Bug explodierte. Die Boote konnten noch ins Wasser gelassen werden; bei der Explosion fanden jedoch ihren Tod der Kommandeur Stepanow, der Mechaniker Janowski, die Artillerieschiffen Chruschtschow und Drischenko sowie 92 Matrosen.“ „Zenissei“ ist ein aus dem Jahre 1898 stammendes Kriegsfahrzeug von 2500 Tonnen Verdrängung, das hauptsächlich für den Minentransport und den Sperrdienst im allgemeinen bestimmt ist. Der Marinemitarbeiter des „Globe“ weist noch darauf hin, daß das vor Port Arthur explodierte Minentransportschiff „Zenissei“ als Magazin der russischen Torpedo-Flotte in Ostasien diente und gewaltige Mengen Torpedomaterial an Bord hatte. Außerdem diente es zum Niederlegen von Minen und hatte zu diesem Zwecke besondere Kisten. Die Russen haben nur noch ein zweites solches Schiff, nämlich den in der Ostsee stationierten „Amur“. Daß der „Zenissei“ durch eine Mine bei Port Arthur in die Luft gesprengt werden konnte, bezeichnet der Marinemitarbeiter als die größte Fahrlässigkeit, da solche Minen vom Lande aus aus der elektrischen Verbindung ausgeschaltet werden können.

Zwischen ist bereits die Meldung von einem noch größeren Verlust der russischen Flotte eingelaufen. In Berlin eingetroffenen Meldungen zufolge sind in der Meerenge von Tugaru drei russische Kriegsschiffe des Bladiwostok-Geschwaders durch japanische Minen in die Luft gesprengt worden. Entspricht diese Meldung — ihre amtliche Bestätigung steht noch aus — den Tatsachen, so wäre auch das zweite russische Geschwader in Ostasien außer Gefecht gesetzt.

„Volks Telegraphen-Bureau“ meldet aus Tokio vom 13. Februar: Der kommandierende Admiral berichtet über das Gesecht bei Port Arthur, daß zwar einzelne Schiffe leicht beschädigt, aber keines außer Gesecht gesetzt worden sei. Die Torpedoboote lehrten nach dem Angriff zur Hauptflotte zurück. Die Offiziere und Mannschaften zeigten während des Kampfes dieselbe Kaltblütigkeit wie beim gewöhnlichen Manöver. Sie sind voller Begeisterung. Eine weitere Meldung von amtlicher japanischer Seite über die Einbuße im Kampfe bei Port Arthur besagt: An Bord der Torpedoboote betrug der Mannschaftsverlust 4 Tote und 54 Verwundete. Es wird hinzugefügt, der Zweck des Vorkampfes sei keineswegs eine Landung gewesen, sondern eine Erkundung der Stärke der russischen Befestigungen von Port Arthur; dieser Zweck sei vollkommen erreicht worden.

Für die Stimmung in Rußland ist es bezeichnend, daß nach Meldungen polnischer Blätter aus Warschau, polnische Studenten aus Kongresspolen an den japanischen Gesandten in Wien folgende Depesche sandten: „Es lebe Japan! Es drängtere die Russen.“ In den russischen Kreisen wird diskutiert ferner ein Manifest der russischen Revolutionärpartei, in dem erklärt wird, Rußlands Aufgaben seien innere Reformen, nicht aber ökonomische Erweiterungen. Japan sei ein freies Staatswesen, Rußland eine asiatische

Despotie, welcher dieser Krieg das Grab graben werde. Endlich wird noch aus Petersburg gemeldet, in Rebal seien Unruhen ausgebrochen, bedeutende Truppenverstärkungen seien dorthin abgegangen. Das sind Hirobposten, von denen jede fast ebenso schwer wiegt, wie der Verlust einer neuen Seeschlacht, zumal noch hinzukommt, daß der russische Reichsbankdiskont schon um 1 Prozent erhöht worden ist, und daß sich Rußland bereits bemüht, in Paris eine neue Anleihe aufzunehmen, daß sich jedoch der Verwirklichung dieser Absicht mancherlei Schwierigkeiten entgegenstellen. Die russischen Finanzgenies haben da eine harte Nuß zu kneten, denn eine Finanzkrise ist für Rußland mehr als für jeden anderen Staat der Barometer der militärischen und inneren Krise. Der russische Garantiefonds sind seine Kriegsschiffe und Kosaken. Wenn seine Kreuzer in den Grund geschossen und seine Soldaten geschlagen werden, ist Rußland pleite. Es kann keine Volkskraft nicht entwickeln; dazu fehlen ihm die Organe des modernen Staats. Oder aber es müßte diese durch einen gewaltigen Aufbruch nachentwickeln, und das wäre für Rußland gleichbedeutend mit Revolution. Jeder neue militärische Schlag, den Rußland erhält, verschärft die Krise und treibt sie der Entscheidung entgegen. Darum ist es ein internationales Interesse, daß Rußland militärisch völlig geschlagen und vor die Existenzfrage gestellt wird: Bankrott oder Revolution?

Der japanische Gesandte in Korea berichtet, daß der russische Gesandte und die russischen Bewohnerer Süds mit der Gesandtschaftswoche Freitag mit Sonderzug nach Tschemulpo abreißen. Die Straßen zum Bahnhof waren von der japanischen Gesandtschaftspolizei und Gendarmen besetzt. Am Bahnhof wurden von den japanischen Truppen zum weiteren Schutze des Gesandten einige Gendarmen im Zuge bis Tschemulpo mitgeschickt. Der japanische Militärattache General Nijchi begleitete persönlich die Abreisenden bis Tschemulpo.

Eine Neutralitätserklärung Deutschlands ist am Sonnabend amtlich in „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden in folgender Bekanntmachung: „Nach amtlichen Erklärungen, welche die kaiserlich russische Regierung und die kaiserlich japanische Regierung hier abgegeben haben, besteht zur Zeit zwischen Rußland und Japan Krieg. Dies wird mit dem Hinzufügen bekannt gemacht, daß hiermit für jedermann im Reichsgebiet und in den deutschen Schutzgebieten sowie für die Deutschen im Auslande die Verpflichtung eingetreten ist, sich aller Handlungen zu enthalten, die der Neutralität Deutschlands zuwiderlaufen.“ Auch die chinesische Regierung ließ Freitag durch eine Proklamation die Neutralität Chinas erklären.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbotes“.

Berlin, den 13. Februar 1904.

Wahlprüfungen. — Reichsversicherungsamt.

Der Reichstag, der an Stelle des erkrankten Abg. Krebs einen neuen Schriftführer aus der Zentrumspartei in der Person des Abg. Engelen bekommen hat, erledigte am Sonnabend zunächst eine Reihe von Wahlprüfungen nach den Vorschlägen der Wahlprüfungskommission. Eine längere Debatte setzte nur ein bei der Prüfung der Wahl des Genossen Dr. Heinrich Braun in Frankfurt-Lebus. Dabei waren im Grunde alle Parteien einig, daß dem Beschlusse der Kommission auf Ungültigkeitserklärung nicht zuzustimmen, sondern die Wahl an die Kommission zurückzuweisen sei, die auf Grund des neuen, von unseren Kommissionsmitgliedern beigebrachten Materials in eine erneute Prüfung der Sachlage einzutreten habe. Trotzdem kam eine sehr ausführliche Diskussion zustande, in die von unserer Seite die Genossen Richard Fischer und Thiele eingriffen, um den Vorwurf von der Partei abzuwehren, als wenn sie hier Prinzipien im Stich ließe, weil es sich um die Beantragung einer sozialdemokratischen Wahl handle. Thiele nahm sich besonders Herrn Dr. Arendt auf's Korn, während Fischer sich bemühte, einem Vertreter des Zentrums in der Wahlprüfungskommission, dem Oberlandesgerichtsrat Burlage, klar zu machen, daß die Kassation der Braun'schen Wahl wegen der amtlichen Begünstigung eines Gegenkandidaten geradezu eine Prämie auf Wahlbeeinflussung darstellte. Schließlich wurde die Zurückverweisung einstimmig beschlossen.

Die Debatte über das Reichsversicherungsamt wurde auch Sonnabend nicht zu Ende geführt. Sie war im Wesentlichen wieder eine lebhaftes Polemik zwischen unseren Genossen und ihren Gegnern, in die sich Graf Posadowsky mit einer kurzen Erklärung einmischte, um im Sinne bürgerlicher Anschauungsweise die werthschaffende Rolle des „intelligenten“ Kapitals zu verteidigen. Genosse Börsen hielt seine Kritik von der Rechtfertigung des Reichsversicherungsamtes aufrecht, und Genosse Stadthagen verstand es außerordentlich geschickt — die Brücke dazu gab ein Flugblätter der Hülfslosen Partei ab, die in dem

Heilanstalten verbreitet werden — die Unwahrheit der Angaben des Frhr. v. Sehl über die Stellung der Partei zum Wucherergesetz attennmäßig nachzuweisen. Herr Dr. Wallau von der nationalliberalen Partei suchte durch geschmacklose Witze seinem Freund Dr. Becker, der Freitag so übel gezaust worden war, zu Hilfe zu kommen, und Herr Dr. Mugdan von der freisinnigen Volkspartei erwies sich wieder als ebenso feichter, wie wohlgefälliger Schwäger. Am Montag wird die Debatte fortgesetzt.

32. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Graf Posadowsky. Krebs (Z.) hat wegen Krankheit den Schriftführerposten niedergelegt, an seiner Stelle wird durch Zuzuf Abgeordneter Engelen (Z.) gewählt, der die Wahl annimmt.

Die Wahlen der Abgg. Doerksen (N.B.), Siegel (N.B.), Walzer (N.B.), Lipinski (S.D.), Reinenweber (N.B.) werden nach dem Kommissionsantrag für gültig erklärt und über die Wahl des Abg. Barbed (N.B.) Beweis-erhebung beschlossen. Die Wahl des Abg. Dr. Braun (S.D.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

v. Rippenhausen (N.) erklärt sich damit einverstanden, daß die Wahl an die Wahlprüfungskommission zurückverwiesen wird, da tatsächlich neues Material eingegangen ist.

Gröber (Z.) stellt einen dementsprechenden Antrag. Die neuen Mitteilungen machen eine wiederholte Prüfung der Sache notwendig.

Fischer-Berlin (S.D.): In dem Wahlprotokoll der Nationalliberalen sind eine Reihe von Behauptungen aufgestellt, für die wir den Beweis des Gegenteils in der Kommission erbringen werden.

Dr. Arendt (N.B.) ist mit dem Antrag Gröber einverstanden, wäre aber auch bereit, die Wahl gleich heute für gültig zu erklären. (Heiterkeit v. d. Soz.) Die Kommission hat nicht festgestellt, ob der Wahlauftritt mit der Unterschrift des Regierungspräsidenten verbreitet wurde und ob Herr v. Windheim seine Unterschrift überhaupt gegeben hat; sonst könnte ja jeder Drucker oder Seker die Wahl ungültig machen. Nach Einführung der Wahlzettel und Wahlflurvers kann man wohl überhaupt nicht mehr von amtlicher Wahlbeeinflussung sprechen. Ob die Sozialdemokraten, wenn nicht Braun, sondern Schwabach mit Felsch in die Stichwahl gekommen wäre, nicht unter allen Umständen für Ungültigkeit der Wahl eingetreten wären und auf die Entdeckung verzichtet hätten, daß der Wahlauftritt der Konservativen mit der Unterschrift des Regierungspräsidenten schon im Januar veröffentlicht worden ist, kann dahingestellt bleiben.

Sattler (N.B.) hält es der Gerechtigkeit entsprechend, daß die Kommission sich nochmals mit der Sache beschäftigt.

Fischer-Berlin (S.D.): Wenn an Stelle Brauns Schwabach mit Felsch in die Stichwahl gekommen wäre, hätten wir allerdings Protest erhoben. Wir meinen, daß eine Wahlbeeinflussung an sich noch kein Moment für die Ungültigkeit der Wahl bildet, sondern daß ein Kaufmanerz zwischen Beeinflussung und Resultat erwiesen sein muß. Wäre an Stelle Brauns Schwabach in die Stichwahl gekommen, so hätten wir voraussichtlich mit Erfolg Protest erhoben, weil die ganze Wahlbeeinflussung des Regierungspräsidenten sich gegen die Sozialdemokratie gerichtet hat. Wir sechten ja den Beschluß der Kommission deshalb an, weil die Beeinflussung sich nicht gegen Schwabach gerichtet hat und nicht hat richten können, da zur Zeit des Flugblattes eine Kandidatur Schwabach noch garnicht existierte.

Träger (N.B.) erklärt sich mit Zurückverweisung an die Kommission einverstanden und bemerkt gegen Dr. Arendt, daß es wenig darauf ankomme, ob die Unterschrift des Regierungspräsidenten mit oder ohne seinen Willen veröffentlicht sei.

Berner (Ant.) wünscht gleichfalls Zurückverweisung und verlangt energische Maßnahmen der Regierung gegen die Wahlbeeinflussung der Beamten.

Burlage (S.D.) ist mit Zurückverweisung an die Kommission einverstanden, glaubt aber nicht, daß auf Grund des neuen Materials ein anderer Beschluß dieser Kommission erfolgen wird. Amtliche Wahlbeeinflussungen müssen unter allen Umständen aufs schärfste zurückgewiesen werden.

Fischer-Berlin (S.D.) hat zu der Unparteilichkeit und dem Verständnis der Wahlprüfungskommission das Vertrauen, daß sie in richtiger Würdigung und unter Aufrechterhaltung der bisherigen Praxis die Wahl im Gegenfalle zu der Ansicht des Abg. Burlage für gültig erklären wird.

Gröber (Z.) verteidigt die Verhandlungsmaximen der Wahlprüfungskommission und hebt hervor, daß es für den Ausfall der Wahl durchaus nicht gleichgültig sei, wer in die Stichwahl komme. Infolgedessen sei es nötig, daß Wahlbeeinflussungen auch dann zur Kassation der Wahl führen, wenn sie nicht für den siegreichen Kandidaten, sondern gegen den Mitkandidaten bestimmt waren.

Thiele (S.D.): Herr Dr. Arendt schiebt anderen Parteien wenig edle Motive unter. Wir lachten, als er vorhin für die sofortige Gültigkeit der Braun'schen Wahl eintrat. Er möchte eben allen amtlichen Wahlbeeinflussungen und Missetaten ohne weiteres Tür und Tor öffnen; denn in keinem Wahlkreise sind so zahlreiche Wahlbeeinflussungen vorgekommen, wie gerade in seinem.

Dr. Arendt (Sp.): Dann ist es doch merkwürdig, daß weder 1898 noch 1903 die Sozialdemokraten gegen meine Wahl einen Wahlprotest eingereicht haben. Wansfeld wird auch künftig allen sozialdemokratischen Sekereien gegenüber reichstreu bleiben. (Lachen h. d. Soz.)

Hiele (Sp.): Der Wahlprotest gegen die Arendtsche Wahl ist leider verspätet eingegangen, sonst würden wir sicherlich das Vergnügen gehabt haben, seine Wahl zu kassieren. (Geisterkeit.)

Hierauf wird der Antrag Gröber auf Zurückverweisung an die Wahlprüfungskommission einstimmig angenommen.

In der zweiten Lesung des Staats des Reichsamts des Innern wird beim Kapitel „Reichsversicherungsamt“ fortgesetzt.

Körten (Sp.) verteidigt sich gegen den Vorwurf, verallgemeinert zu haben. Er habe absichtlich keine Einzelfälle angeführt, weil sonst wieder gesagt worden wäre, Einzelfälle beweisen nichts. Die Berufsgenossenschaften tragen eine durchaus unberechtigte Nichtachtung gegenüber den Urteilen der Schiedsgerichte zur Schau. Günftig betrachten die Arbeiter das Urteil des Schiedsgerichts für endgültig und unterlassen es, sich gegen eine neue Herabsetzung der Rente durch die Berufsgenossenschaften zu wenden. Dadurch wird der Beschaid der Berufsgenossenschaften rechtskräftig und die Rente ist verloren. Dr. Mugdan hat die Berufsgenossenschaften in Schutz genommen. Das scheint mir eine Verbeugung nach oben sein. (Unruhe bei den Freis.) Jedenfalls werden diese Körperschaften ihren warmen Dank dafür abstaten.

Präsident Graf Ballestrem ersucht den Redner, seine Worte vorsichtiger zu wählen.

Körten (fortfahrend): Wir verlangen, daß die Ärzte den Arbeitern auf Verlangen Atteste ausstellen, ebenso wie die Berufsgenossenschaften Atteste bekommen. Daß die Ärzte keine Atteste geben, beweist die vor einigen Wochen erfolgte Bildung der Ärztekommision. Redner bespricht weiter die Spruchpraxis über die Bruchschäden und verweist den Abg. Mugdan auf die Autorität des Professors Lewin, der die gewerblichen Krankheiten als Betriebsunfälle ansieht. Dr. Mugdan hat durch seine Rede den Schein der Arbeiterfreundlichkeit, den er eine Zeit lang besaß, gründlich zerstört. Herr Gamp wunderte sich über die Aufrechnung der Armenkosten gegen die Rente. Das ist bei der Berliner Landesversicherungsanstalt gang und gäbe und erst Beschwerden beim Reichsversicherungsamt helfen dagegen. Es ist in Tatsache, daß sich in einer Versammlung von Holzbearbeitungs- und Maschinen-Arbeitern herausgestellt hat, daß 75 Proz. der Anwesenden verletzete Hände hatten. Ich wies darauf hin, um den Begriff der Gewöhnung zu illustrieren: wie den Arbeitern ein Glied nach dem andern abgefaßt wird, ohne daß nach dem Reichsversicherungsamt ein nennenswerter Schaden entsteht. Die Reden der Herren Abg. Dr. Beder und Mugdan sollten nur der Sozialistenbekämpfung dienen. Diese ihre Absicht ist mir gleichgültig, wenn ich im Interesse der Arbeiter spreche. (Bravo! h. d. Soz.)

Dr. Wallau (Sp.) stellt als langjähriger Vorsitzender eines Schiedsgerichts fest, daß die Berufsgenossenschaften niemals versucht hätten, ihn in irgend einer Weise trotz seiner arbeiterfreundlichen Urteile zu beeinflussen. Die Erklärung des Grafen Posadowsky über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften begrüße ich mit Freuden. Wenn ich Gegner der Ueberwälzung in der Sozialreform bin, so zeugt diese Warnung nur von Ruhe und Besonnenheit. (Lachen bei den Soz.) Herr Dr. Beder's wissenschaftliche Befähigung reicht aus, falls Abg. Sachs den Ruf nach einem Rezept gegen die Wurmtätigkeit aus persönlichen Bedürfnis erhoben hat, ihm ein solches Mittel anzuweisen und kräftig wirkend zu geben. (Große Geisterkeit.)

Staatssekretär Graf Posadowsky verteidigt die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts. Wird dem Redner vom ärztlichen Gutachten keine Mitteilung gemacht, so sieht das Amt darin einen wesentlichen Mangel des Verfahrens, der die Aufhebung der Borentscheidung rechtfertigt. Das Gleiche gilt, wenn der behandelnde Arzt nicht gutachtlich geurteilt worden ist. Rechtskonsequenzen sollen nur dann ausgeschlossen werden, wenn ihr Auftreten nicht angemessen ist, oder wenn sie wider besseres Wissen unzutreffende Erwände erheben. Die Forderung, daß das Gesetz einen klaren Unterscheid zwischen Unfällen und Berufskrankheiten ansprechen soll, ist unüberwindlich, das muß dem verständigen Erwachen des Richters überlassen bleiben. Es ist wieder behauptet worden, die Arbeiter brächten alle Mittel zur Sozialpolitik auf. Das ist falsch. „Der wichtigste Mann kann aber auch unmöglich behaupten, daß die Arbeiter, weil sie die physische Arbeit und in manchen Fabriken auch ein Gutteil geistiger Arbeit leisten, alle Mittel anzuwenden. Nach unserer Gesellschaftsordnung bringt die Mittel derjenige auf, der sein Kapital fruchtbringend arbeiten läßt.“ (Sehr richtig!)

Abg. Stadthagen (Sp.): In den Heilanstalten werden Flugblätter aus der Hülfslosen Fabrik verbreitet. Wir haben schon früher dagegen protestiert. Diese enthalten die auch vom Herrn v. Heyl kürzlich hier vorgebrachte Unwahrheit, die Sozialdemokratie habe gegen das Budgetgesetz gestimmt. Dabei war Herr v. Heyl selbst beim Budgetgesetz zugegen. Wie konnte er da, natürlich mit bestem Wissen (Geisterkeit), so die Unwahrheit sagen. (Lachen.) Graf Posadowsky hat selber erklärt, daß die Behauptung, die Sozialdemokratie habe den Budget beigestimmt, absolut nicht zutrifft zu haben. (Hört! Hört! h. d. Soz.) Wir haben immerzu einmütig beigestimmt, für das Budgetgesetz zu stimmen. (Hört! Hört! h. d. Soz.) Aber Herr v. Heyl glaubt gemahnt und gewarnt, was wahrheitsgemäß von der Sozialdemokratie festgestellt wird. (Große Geisterkeit h. d. Soz.) Auch hier, der nicht anwesend war, sondern Bebel, wie so viele andere, haben Zustimmung für den Artikel 1 des Budgetgesetzes gestimmt. (Hört! Hört! h. d. Soz.) Bei der späteren Abstimmung, in der ein unzureichendes Abstimmen versagt wurde, haben die Sozialdemokraten wieder einstimmig für den Paragraphen gestimmt. Auch den § 4 haben die Sozialdemokraten nicht, wie Herr v. Heyl behauptet, einstimmig abgelehnt, sondern, nachdem der ursprüngliche Antrag zurückgenommen war, wurde eine neue, von allen Parteien angenommene, auch von Einzelnen unterstützte Fassung des § 4 einstimmig angenommen. (Hört! Hört! h. d. Soz.) Wie kann gegenüber diesen abgemessenen Tatsachen Herr v. Heyl bei der natürlich abgemessenen Unwahrheit stehen bleiben. (Geisterkeit bei den Sozialdemokraten. Unruhe bei den Nationalliberalen.) Die Nationalliberalen streifen sich: Der tiefen Meinung der Heyl'schen Rede gegenüber magte selbst Dr. Beder seinen Widerspruch. (Lachen bei den Soz.) Auch Dr. Beder magte eben, daß es Bedauern gibt, die nicht empfindlich für die Wahrheit sind. Alle Heyl'schen Reden (große Geisterkeit) hätten nicht genügt. Im Falle meines Freundes Heyl hat der Herr v. Heyl die Sozialdemokraten Dr. Gumbel sehr unglücklich erklärt, Mühe zu tun, Herr v. Heyl immer zu schreien. (Hört! Hört! h. d. Soz.) Ich habe es für notwendig gehalten, war mit diesen Worten

Worten (schallende Geisterkeit) auf diese wunderbaren Augenmären einzugehen. Auch Herr Dr. Mugdan warne ich vor der Augenkrankheit, vor der nur Alkenerinicht schützt. Herr Dr. Mugdan hat das nicht getan, als er die Urheberhaft der Sozialdemokratie an den Sozialgesetz bestritt. Das muß zu einem Besuch der „Seulung“ führen, wie es eben Herr Heyl widerfahren ist. (Gr. Geisterkeit.) Das Unfallgesetz ist so schlecht, daß die Arbeiter uns mit Steinen werfen würden, wenn wir ihm zugestimmt hätten. Es ist eine ungeheuerliche Zumutung zu verlangen, daß ein verunglückter Familienvater mit 240 Mk. jährlicher Rente auskommen soll und gezwungen ist, sich von dem Vertrauensarzt desjenigen unterjochen zu lassen, der den Unfall verschuldet hat. Die Behauptung des Herrn Dr. Mugdan, ich hätte den Arztstand angegriffen, ist ganz unberechtigt. Ich habe stets nur behauptet, das System der Vertrauensärzte führe zu einem objektiven Betrug. Massenhaft ehrenwerte Ärzte haben mir für meine Ausführungen gedankt. Ein Oberarzt, Dr. König, hat einen Arbeiter, der 25 Jahre in der kaiserlichen Werkstatt beschäftigt war, ohne weiteres als Simulanten bezeichnet, bis er von Professor Dr. Braun desavouiert wurde. Es ist kein Widerspruch, wenn ich gegen das System der Vertrauensärzte eintrete und trotzdem nicht für freie Arztwahl bei den Krankenkassen bin. Hier ist die freie Arztwahl eine reine Kassenfrage. (Sehr richtig! bei den Soz.) Zum Schluß muß ich wieder wie im vorigen Jahr auf die enorme Steigerung der Unfälle hinweisen. Die Zahl der über 13 Wochen erwerbsunfähig Gewordenen ist von 97 912 im Jahre 1899 auf 113 309 im Jahre 1902 gestiegen. (Hört! hört! bei den Soz.) Die größte Unfallziffer ist aus Ostpreußen zu verzeichnen, wo die jämmerlichsten Schulzustände herrschen. Beiseitigen Sie die Akfordarbeit, führen Sie die achtstündige Arbeitszeit ein, und Tausende von Unfällen werden vermieden werden. (Sehr richtig! bei d. Soz.) Möchte der Staatssekretär dafür sorgen, daß jeder Fall der Verletzung der Unfallverhütungsvorschriften straf- und zivilrechtlich verfolgt wird. Nicht rückwärts, sondern schneller wie bei einem Automobil muß es bei Bekämpfung der Unfälle vorwärts gehen. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Mugdan (Sp.): Herr Stadthagen hat maßlos übertrieben. (Sehr richtig! bei den Freis.) Wenn die ganze Sozialpolitik nichts ist, wie er es wieder darstellte, warum rebel dann die Sozialdemokratie so viel davon? Ich bin auch durchaus überzeugt, daß vielfach die Verhältnisse, unter denen die Arbeiter heute leben, sehr wenig aufreihend sind, eben deshalb bauen wir die Sozialreform aus. Gewiß bin ich auch mit 240 Mk. nicht zufrieden, ebenso wenig wie Herr Stadthagen. Will Herr Stadthagen etwa die Leser des „Vorwärts“ glauben machen, er sei ein Proletarier? Er ist großgezogen mit allen Bildungsmitteln der bürgerlichen Gesellschaft. Würde Herr Stadthagen Kassenarzt etwa bei seinem Kollegen Fräulein, so würde er sehr bald seine Stelle verlieren, wenn er in der Tat den Patienten die Arznei verschriebe, zu der sie Vertrauen haben. (Geisterkeit.) Herr Körten bemerkt ich wiederholt, daß gewerbliche Vergiftungen nach der Gesetzgebung nicht als Unfälle angesehen werden können. Die Ausführungen des Herrn Körten können bei den Versicherten nur falsche Hoffnungen erwecken. Von einer Arbeiterfeindschaft des Reichsversicherungsamts ist keine Rede. Alle Verständnisigen sollten die Arbeiter mit uns darauf hinweisen, daß sie auf dem Boden des Bestehenden ihre Lebensverhältnisse weiter zu verbessern suchen. (Bravo! bei den Freis.)

Hiermit verläßt sich das Haus. — Persönlich bemerkt Körten (Sp.): Ich habe nur gesagt, daß bezüglich der Bruchschäden die Begriffe „Unfall“ und „Gewerbekrankheit“ nicht innerhalb weniger Tage zu unterscheiden sind.

Stadthagen (Sp.): Ich habe gesagt, ich wünschte, daß der Kranke sich seine Arznei frei wählen könnte, leider könnten das die Krankenkassen nicht bieten. Ich als Arzt würde den Kranken jedenfalls nur Besäat und ähnliches gutes Essen verordnen. (Große Geisterkeit.) Als Arbeiter habe ich mich nie bezeichnet. Ich weiß sehr wohl, daß ich aus einem bürgerlichen Stande hinausgeworfen bin (große Geisterkeit) weil ich mich der Interessen des Proletariats angenommen habe.

Dr. Mugdan (Sp.): Meine Behauptung, daß Herr Stadthagen sich als ungeeignet zum Kassenarzt erweisen würde, hat keine Bemerkung, er würde den Kranken nur Besäat verschreiben, nur bestätigt. (Geisterkeit.)

Stadthagen: Ich habe ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es den Arbeitern als Kassenpatienten leider nicht möglich ist, die Arznei zu erhalten, die ihnen die zuträglichste wäre.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)
Schluß 5 1/2 Uhr.

Politische Stundenblatt.

Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte findet am heutigen Montag im Circus Busch in Berlin statt. Aus dem bereits erschienenen Geschäftsbericht entnehmen wir, daß der Bund weithin der Elbe 14 163 Ortsgruppen mit 139 000 Mitgliedern und östlich der Elbe 17 856 Ortsgruppen mit 111 000 Mitgliedern hat. Zur Vorbereitung der Wahlen wurden 74 Wanderebenen verwendet, die 2418 ausführende Wahlversammlungen und 1379 allgemeine Versammlungen abhielten und außerdem eine zum Teil sehr wirksame Hauszitation entfalteten. In 41 Wahlkreisen wurden 693 000 Flugblätter verteilt. Der Bund der Landwirte trat bei den Reichstagswahlen in 174, bei den preussischen Landtagswahlen in 260 Wahlkreisen in Tätigkeit. In 55 Reichstagswahlkreisen mußte der Bund eigene Kandidaten aufstellen, da die ihm von den politischen Parteien präsentierten Kandidaten wegen ihrer wirtschaftlichen Stellung nicht unterstützt werden konnten. Von den vom Bund unterstützten Kandidaten sind 89 gewählt worden. Die Stimmenzahl, die sich bei der Reichstagswahl auf die eigenen Kandidaten vereinigte, die dem Bund nahe stehen und mit dem Bund für die Kräftigung des Mittelstandes und der Landwirtschaft zu wirken gewillt sind, betrug 1 705 531. — Also 89 vom Bund unterstützte Kandidaten sind gewählt worden und 1 705 531 Stimmen sind für diesen Bund unterstützten Kandidaten abgegeben worden. Geht man von dem veranschlagten Niederlage der Wähler bei den letzten Reichstagswahlen allerdings kann bemerkt werden.

Die russischen Epizochen auf deutschem Boden werden, dem „Berl. Tag.“ zufolge, noch einmal im Parlament, sei es den Reichstag oder des preussische Abgeordnetentag, besprochen. Dabei geht es die Regierung, offenbar um den wesentlichen Grund der Antwort des Staatssekretärs des Reichs v. Bülowen ab-

zuschwächen, das Material vorzulegen, das sie zu ihrem Verhalten bestimmte. — Auf das Material, das die Regierung zu ihrer „Rechtfertigung“ vorlegen wird, sind wir gespannt, wie ein Flitzbogen. Wir glauben annehmen zu können, daß sich die Regierung eine zweite Blamage zuziehen wird.

Das Fiasko der preussischen Polenpolitik wird unter dem Druck unergründlicher Tatsachen jetzt selbst von den bestgeeigneten Organen zugegeben. So teilt die „Neue politische Korrespondenz“ mit, daß der polnische Grundbesitz in den Provinzen Posen und Westpreußen in den letzten Jahren um 160 000 Morgen zugenommen hat. — Und diese riesigen Fortschritte trotz der Hundertmillionenfonds! Deutlicher ist noch nie die gänzliche Verfehlung eines ungeheueren Gelbhaufandes dargetan worden!

Herr von Seyl amtlich der Unwahrheit überführt. In der Donnerstagssitzung des hessischen Landtages kam der Finanzminister Dr. Gnauth in seiner Rede zum vorliegenden Etat auch auf die Debatte im Reichstage zu sprechen und erklärte unter anderem wörtlich: „Ich halte für meine Pflicht festzuhalten, daß hierbei insbesondere dem Herrn Antragsteller Ulrich Unrecht geschehen ist; Unrecht geschehen, indem man von ihm angenommen hat, er habe die erste Staats, die den Antrag Ulrich und Genossen illustrieren sollte, seiner Zeit entworfen. Das ist nicht richtig gewesen. Er hat, das ist ja im allgemeinen hier und da bei solchen Anträgen so, er hat nur das Dessen uns hingeworfen: Aufhebung der Stempelabgaben, Erhöhung der Einkommen- und Vermögenssteuer, und wir haben uns nun an das Gedankenspielen gemacht und haben versucht zu konstruieren, wie man das etwa machen würde, wenn man es so machte, wie die Herren Antragsteller es machen würden.“ — Hierdurch wird dem Freiherrn von Seyl amtlich dokumentiert, daß er im Reichstag über unseren Genossen Ulrich und dessen Einkommensteuerprojekt wissentlich die Unwahrheit gesagt hat.

„Zeugnisquisition.“ In einer schwurgerichtlichen Verhandlung hatte der Gerichtshof den Antrag der Verteidigung, die Strafliste eines Zeugen zu verlesen, abgelehnt mit der Begründung, daß der Inhalt der Strafliste für die Glaubwürdigkeit des Zeugen nicht von Einfluß sei. Das Reichsgericht hat wegen dieser Ablehnung des Antrages das schwurgerichtliche Urteil aufgehoben. Aus den Gründen, die von der „Deutschen Juristenzeitung“ mitgeteilt werden, ist folgendes hervorzuheben: Die Strafliste war in § 248 St.-P.-O. ausdrücklich unter den Umständen aufgeführt, die verlesen werden dürfen; es werde kein Unterchied gemacht zwischen Straflisten der Angeklagten und der Zeugen. Wie die Strafliste des Angeklagten zur Beleuchtung des Charakters des Angeklagten diene, so die eines Zeugen zum Beweise seiner angeblichen Unglaubwürdigkeit. Die Ablehnung des Antrages griff dieser Beweiszuführung insofern vor, als darin bereits der Ausdruck enthalten ist, die Prüfung der Strafliste begründe kein Bedenken gegen die Glaubwürdigkeit des Zeugen. Ohne Verlesung in der Hauptverhandlung sei das Gericht prozessordnungsmäßig gar nicht in der Lage, den Inhalt der Strafliste zu kennen. Die Glaubwürdigkeit eines Zeugen abzumägen, sei überdies im Schwurgerichtsverfahren regelmäßig Sache der Geschworenen; es sei darum in diesem Verfahren besondere Vorsicht geboten, daß nichts, was zur Herbeischaffung eines zureichenden Spruches dienen kann, ausgeschlossen werde. — Die reichsgerichtliche Begründung kann Bedenken erregen. Schon jetzt ist es wiederholt vorgekommen, daß Zeugen vom Staatsanwalt und Gerichtshof beinahe in die Rolle von Angeklagten gedrängt wurden. Nicht zum wenigsten ist dieser Umstand daran schuld, daß jeder nach Kräften bemüht bleibt, selbst als Zeuge dem Kriminalgericht möglichst fern zu bleiben. Zeugen, die sich zu diesem oder jenem Prozeßverfahren freiwillig melden würden, um der Wahrheit zum Rechte zu helfen, hätten sich, mit ihrer Wissenschaft hervorzutreten; hat doch ihr Anerbieten fast niemals Anerkennung, wohl aber häufig peinliche Unannehmlichkeiten zur Folge. Die vorliegende höchstgerichtliche Entscheidung ist ein Schritt weiter auf der Bahn der „Zeugnisquisition“.

Die großmütigen Herrenhändler. Unser Genosse Mollenbuh soll in einer Rede das „Herrenhaus“ beleibigt haben. Der Justizminister wollte nun Freitag die Ermächtigung zur Strafverfolgung des Reichstagsabgeordneten Mollenbuh wegen Beleidigung des Herrenhauses haben. Die Herrenhändler erteilten jedoch die Ermächtigung nicht. Es hieß, daß es sich nur um Schimpfereien und nicht um „ernste Beleidigungen“ handle. Sind die Herren aber 'mal großmütig gewesen!

Ein loser Streich hat dieser Tage das Zentrum in der bayerischen Kammer in Aufregung versetzt. Die „Münch. Neuest. Nachr.“ melden: Ein Flugblatt fand Vormittags vor Beginn der Sitzung jeder Landtags-Abgeordnete auf seinem Platte liegen. In demselben wird in ironischer Weise an die Zentrumswortführer in der „Simplizissimus“-Debatte Dr. v. Orterer, Dr. v. Daller, Dr. Schädler, Lerno, Pichler und Koyl die öffentliche Anfrage gerichtet, ob an der unter der männlichen und schulpflichtigen weiblichen Jugend in England, dem Wohnsitz des Vorstandes des Christlichen Bauernbundes, Herrn Schinger, herrschenden Sittenverderbnis, wie sie in Verhandlungen am Landgerichte Straubing zutage getreten sei, etwa auch der „Simplizissimus“ und die „Jugend“ die Schuld tragen oder ob der Grund wo anders zu suchen sei. Bei den Verhandlungen kamen haarsträubende Dinge an die Öffentlichkeit, durch die erwiesen wurde, daß in dieser Hochburg des Zentrums fast sämtliche schulpflichtigen Mädchen sittlich vollständig verdorben sind. Diese Anfrage hat in Zentrumskreisen natürlich empfindlich berührt und es wird ernstlich nach dem Urheber gefahndet, den man auf bauernhändlerischer Seite vermutet.

Dem Aufstande der Hereros. Nachrichten zufolge, die in Berlin eingetroffen sind, scheint das Zentrum des Herero-Aufstandes in der Gegend von Waterberg zu liegen und auch von dort ausgegangen zu sein. Sogendwelche Verbindung mit den Gegenden nördlich von Waterberg hat trotz aller Anstrengungen bisher nicht hergestellt werden können; auch sind von Norden her weder nach Süden noch nach der Küste irgendwelche Nachrichten gelangt, obwohl es selbstverständlich ist, daß man von Otavi und Umgebung aus alles versucht haben wird, um Nachrichten an die Behörden gelangen zu lassen. Es wird angenommen, daß diejenigen Deutschen, die bei Ausbruch des Aufstandes sich nördlich von Waterberg befanden, nicht ge-

istet wurden, sondern nach Diabli zu geflüchtet sind und sich dort aufhalten, daß aber Boten aus diesem Bezirk nicht durch das aufständische Gebiet hindurch konnten. — Gouverneur Deutwein ist nunmehr exilisch in Swakopmund elagiert.

Die Gerüchte von Unruhen in Kamerun, von denen wir dieser Tage auf Grund einer Berliner Drahtung der „Frankf. Zeitung“ Notiz nahmen, haben schnell ihre Bekräftigung gefunden. Nach einer telegraphischen Meldung des Gouverneurs von Kamerun ist der Leiter der Station Ossibinge, Graf Pädler, im Kampfe mit Eingeborenen bei Basso gefallen. Eine Strafexpedition befindet sich unterwegs. Weitere Einzelheiten sind noch nicht bekannt. Wahrscheinlich ist Graf Pädler gelegentlich einer Erkundungsreise in die noch wenig bekannten Teile seines Bezirks in Streitigkeiten mit dem der deutschen Herrschaft noch nicht unterworfenen Stamme der Anjungs geraten, in deren Gebiete Basso gelegen ist. Ueber die weiterhin angebotenen bedrohlichen Nachrichten aus Ostafrika wird von offiziöser Seite noch Schweigen beobachtet. Bestätigen auch sie sich, so werden dem deutschen Volke neue Ueberraschungen in Form weiterer Nachtragsforderungen bevorstehen. Wir erleben an unsern „leuten“ Kolonten eine Freude über die andere!

Kleine politische Nachrichten. Der Reichstagsabgeordnete Colshorn ist dem Zentrum als Hospitant beigetreten. Derselbe ist gewählt als Deutscher Hannoveraner für den hannoverschen Wahlkreis Melle-Diepholz. Neben dem Abgg. Frhrn. v. Hohenberg und Karl Gög v. Dlenhausen ist der Abg. Colshorn der dritte Hospitant der Zentrumsfraktion aus Hannover. — Der Bille'sche Roman ist, der „L. N.“ zufolge, wie in Sachen-Meinungen, so auch für das Fürstentum Neuh. J. durch Gerichtsbeschlüsse freigegeben worden, mit derselben Begründung wie in Meinungen. — Die Einigungsverhandlungen zwischen den Ärzten und der Leipziger Disziplinarkasse sind bisher gescheitert. — Der Disziplinarkhof in Dresden erkannte gegen den Oberförster Müller, der seinen Vorgesetzten, Oberforstmeister Klette, wegen dienstlicher Differenzen zum Pistolenduell gefordert hatte, auf Dienstentlassung ohne Pension. — Der Depotfeldwebel Bespich erwiderte der ihm unterstellten Munitionsfabrik 190 Kilo Munition. Das Kriegsgericht in Dresden erkannte auf 3 Monate Gefängnis und Degradation. — In der französischen Garnison Bannes weigerten sich sechs Offiziere, bei der Austreibung von Madras aus Bloerml mitzuwirken. Der Stadtkommandant verhängte zunächst Arrest. 1800 Mann Truppen sorgten für Aufrechterhaltung der Ordnung. — In Madrid und Barcelona fanden republikanische Kundgebungen statt. Vier Abgeordnete wurden verhaftet. — In der Transvaalkolonie ist die Verordnung über die Einführung nichteuropäischer Arbeiter endgültig Gesez geworden. — Nach Meldungen aus Santo Domingo rissen die Rebellen die Schienen der amerikanischen Eisenbahn auf.

Rußland. Eine geheime polnische Arbeiterversammlung wurde in diesen Tagen in Sosnowitz (Ruffisch: Polen) von der Gendarmerie überrascht. Der Mehrzahl der Anwesenden gelang die Flucht. In den Händen der Gendarmen blieben der Beamte der französisch-russischen Gesellschaft, Wegnerowicz, drei Arbeiterinnen und ein Arbeiter. An der Grenze werden fortwährend Leute, die Christentransporte über die Grenze bringen wollen, verhaftet, neulich wieder in Granica (an der gallizischen Grenze) zwei Russinnen.

Die Blechmütze für den Zaren. Der Kommandeur des Kaiser Alexander Garde-Regiments Oberst von Schenk ist aus Berlin in Petersburg eingetroffen, um im Namen des Offizierskorps des Regiments dem Zaren eine Blechmütze, die historische Kopfbedeckung des Regiments, zu überreichen.

Ein totaler Streik der Intelligenz in einem Kreise des Amer'schen Gouvernements wird vhl erdteit. Die Regierung hatte den gewählten Landschaftsbehörden wegen ihres oppositionellen Verhaltens die Bestätigung verweigert und die Behörden ernannt. Darauf demissionierten der Adelsmarschall, sämtliche Kreisärzte, Hebammen und gepflanzten Pfleger des Kreises, so daß die Regierung gezwungen ist, die Stellen neu auszu-schreiben, was jedoch bei der Stimmung der in Frage kommenden Kreise ganz aussichtslos ist.

Schweiz. **Ungleichende Klassenpolitik.** Der Stadtrat in Bern hat in seiner letzten Sitzung nach langen und lebhaften Debatten, an denen sich nicht weniger als 24 Redner aller Parteien beteiligten, die vom Gemeinderat beantragte Subventionierung des Volkshauses der organisierten Arbeiterschaft mit 50 000 Franken, die unverzinslich und unkündbar sind, beschlossen. Da der Betrag in dem Rahmen der Finanzkompetenz des Stadtrates liegt, wurde es abgelehnt, den Beschluß der Volksabstimmung zu unterbreiten. Dagegen steht den Stimmberechtigten das Recht zu, auf dem Wege der Initiative die Angelegenheit zur Volksabstimmung zu bringen. Im Hinblick auf das den Gesellschafts- und Parteizwecken der Bourgeoisie dienende Kasino dürfte der Schritt aber unterbleiben.

England. **Ein neuer Sieg der Freihändler.** Bei der am Freitag erfolgten Erziehungswahl in St. Albans (Hertfordshire) wurde der liberale Kandidat Glad mit 4757 Stimmen gegen Gibbs (kons.), eine entschiedenen Anhänger der Chamberlain'schen Politik, gewählt. Die Wahl war durch den Austritt Gibbs aus dem Unterhause veranlaßt, den Gibbs für notwendig gehalten hatte, weil er als Vermittler der Admiralität beim Ankauf chinesischer Kriegsschiffe fungiert hatte.

Afrika. **Die Wahlen zum Rapparlament.** Bei den Wahlen zum Rapparlament haben die Progressiven 6 und der Bond (Holländer-Partei) 3 Sitze gewonnen. Eine Mehrheit der Progressiven von 4 Stimmen ist gesichert. **Die Buren gegen die Einführung asiatischer Arbeiter.** Ein von Botha, Delarey, Burger, Smuts und zehn anderen Burenführern unterschriebenes, an den Kolonialminister telegraphisch übermitteltes Schreiben verlangt die

Unterdrückung der Einführung asiatischer Arbeiter nach Transvaal. Die Unterzeichneten erklären in dem Schreiben, daß sie nicht nur für ihre Person, sondern als Vertreter der überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung austräten, und versichern, daß die Buren eine Maßregel gegen diesen Mißstand als erstes Erfordernis ansähen.

Australien. **Nach deutschem Muster.** Eine in Sydney abgehaltene Versammlung von Arbeitgebern aller Stände hat, einer Kadelmeldung der „Frankf. Btg.“ zufolge, eine gemeinsame Bekämpfung der Sozialisten beschlossen.

Süde und Nachbargebiete.

Montag, den 15. Februar.

Eine bittere Enttäuschung wurde den Besuchern der am Sonnabend in „Zünshausen“ abgehaltenen Volksversammlung bereitet. Wohl jeder der etwa 100 Erschienenen war in der Hoffnung in die Versammlung gegangen, dort für seinen 10 Pf. betragenden Obulus mindestens einen interessanten und fesselnden Vortrag zu hören. Leider aber ist diese Hoffnung zu Wasser geworden. Der Referent, Herr Senna Hoy-Berlin, bot in seinen gerade nicht sehr glänzenden Ausführungen tatsächlich auch nicht ein zünftiges Interessantes. Er besprach zunächst die Ursachen und weiteren Folgen der Krimmischauer Aus-sperrung und protestierte gegen das Verhalten der Behörden und Kirche gegenüber den Streikenden. Am Schlusse seiner Ausführungen erklärte er, mit der plötzlichen Wiederaufnahme der Arbeit nicht einverstanden zu sein, vorerst hätte dann noch die Frage des Symptat hie-streiks erörtern werden müssen. — In der Diskussion meldete sich Niemand zum Wort, worauf der Referent sich in seinem Schlusswort als „freier“ Sozialist vorstellte und kräftig Deklamation für eine von ihm herausgegebene Zeitschrift schlug. Die Mehrzahl der Versammlungsbesucher war froh, daß die Sache bereits beendet war, und sie nun wieder ihrem Heim zusteuern konnten.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Donnerstagabend in dem Hause Dornstraße 11. Dort befand sich der Eingang zum Keller mitten auf der Diele; die Treppe hierzu wird frei durch eine hochgehende Klappe. Am genannten Abend wollte nun die Oberfrau des Schlossermeisters S-e einem in dem Hause wohnhaften Schuhmacher, der sich im Keller befand, geschäftlich sprechen. Da die Diele nicht beleuchtet war, tat sie einen Schritt und stürzte die Kellertreppe hinunter. Leider erlitt sie einen Bruch des Schlüsselbeines und der Schulter. Die bedauerlicherweise Frau mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben.

Arbeiterrißo. Am Sonnabend Vormittag ereigneten sich auf der Koch'schen Schiffswerft leider zwei betrübende Unfälle. Der in Schluß wohnhafte Arbeiter Bannow kam beim Aufstellen von Bodenstäben zwischen zwei derselben und erlitt dabei neben einer Fußverletzung schwere innere Verletzungen, sodas er mittels Sanitäts-wagens in seine Wohnung geschafft werden mußte. Dieser Unfall soll wiederum eine indirekte Folge der Akkordarbeit sein. — Bald nach diesem Unfall verunglückte dann der Mieter Hermann Hartlein dadurch, daß er beim Heruntersteigen vom Wassertrank zu Fall kam und rüchlings auf die auf Deck liegenden Eisenstücke fiel. Auch dieser Verunglückte trug ansehnlich innere Verletzungen davon und wurde mittels Droschke gleichfalls in seine Wohnung gebracht.

Ärztung, Zimmerer! Ueber die Firma Aktien-gesellschaft für Hoch- und Tiefbau, vorm. Gehz. Helmman, (Bahnhofsbau), ist die Sperre verhängt worden.

Die nächste Bürgerschaftsversammlung findet am kommenden Montag statt.

Die Barbierstuben sind offene Verkaufsstellen, so erkannte Sonnabend die Strafkammer als Berufungsinstanz im Einverständnis mit der ersten Instanz anlässlich einer Verhandlung gegen vier Barbieri, die deshalb mit einem Strafbeschl. bedacht worden waren, weil sie in ihren Stuben Abends nach 8 Uhr noch Zigarren, Pomaden u. feil-gelassen, resp. nicht verdeckt hatten. Auch die Strafkammer erkannte, daß die Barbieri diese Verkaufsobjekte Abends nach 8 Uhr entweder verdecken oder entfernen müßten.

Kaiserpavorama. Eine der herrlichsten Gegenden Deutschlands wird in dieser Woche den Besuchern des Kaiserpavornamas vorgeführt. Die zur Anschauung gelangende ganz neue Serie von Heidelberg und das Redartal bis Zwingenberg gibt interessante Ansichten vom Heidelberger Schloß sowie Panorama von Neckarsteinach, Hirschhorn, Eberbach, Zwingenberg u. Wie keine andere Stadt die Annehmlichkeiten und Reize von Gebirg und Ebene so verbindet wie Heidelberg, so eint auch keine in gleicher Weise die Vorzüge von Kultur und Natur.

Bekannt ist vom Stadt- und Landamt der in Ober-häufau zum Mitglied des Gemeindevorstandes wieder-ermählte Guiner A. Röttger.

pb. Diebstahl. Am 10. d. Mts. wurden einem Seemann aus Kopenhagen von dem Manne, dem er sein Gepäc anvertraut hatte, während der Zeit, wo er auf dem hiesigen Bahnhofe einen Teil des Gepädes zur Expedition aufgab, ein Paar lange Stiefel aus Gummi mit Werten von 25 Kronen gestohlen. Der Täter scheint ein hiesiger Gelegenheitsarbeiter im Alter von etwa 26 Jahren, ca. 1,68 Meter groß, mit dunklem kurz geschmittenen Haar, kleinem dunklen Schnurrbart, von schlanker Statur und jüdischem Aussehen zu sein. Er war bekleidet mit grauer Hose, grünlichem Jacket, grauer Mütze und halblangen Stiefeln.

pb. Schadenfeuer. Am Sonntag den 14. d. Mts. entstand in dem Hause Mistrache Nr. 29 die Etage durch Umfallen einer brennenden Petroleumlampe ein kleines Schadenfeuer, welches durch Hausbewohner im Entfesseln gelöscht wurde, sodas die Feuerwehr nicht mehr in Tätigkeit zu treten brauchte.

pb. Automatendiebstahl. Vom Hausflur einer an der Hüttenort-Allee belegenen Wirtschaft wurde in der Nacht vom 11. zum 12. d. Mts. ein Automat mit etwa 35 Rollen Schokolade und ca. 5 Mk. barem Gelde gestohlen. Der zertrümmerte und seines Inhalts beraubte Automat, wurde am Volkspark in den Anlagen wieder-gefunden.

pb. Einbruch. In der Nacht zum Sonntag wurden bei einem an der Ragerburger Allee wohnhaften Kaufmann durch Einschlagen der Ladenschleibe aus dem Schaufenster zwei graugelbe, eine schwarze Kamme-garn-, eine englischleberne und eine blaue Maschinenhose gestohlen. Ferner nahm der Dieb noch eine graue Ledergasse, einen grauen Filzhut und ein seidenes Halstuch mit. **Mezendorf a. D.** Die Leiche des bei dem Boots-unglück in der Neustädter Bucht ertrunkenen Paters ist mit den Regen aufgefunden worden; dagegen gelang es noch nicht, die Leiche des Sohnes aufzufinden.

Gutin. Anzeigepflichtige Krankheiten wurden im verfloffenen Monat aus dem Fürstentum gemeldet: 4 Fälle an Scharlach, 5 an Masern, 6 an Keuch-husten und 8 (darunter 2 aus Gutin) an Diphtheritis. Die Zahl der Erkrankungen an Scharlach, Keuchhusten und Diphtheritis hat im verfloffenen Monat eine Abnahme erfahren. Todesfälle wurden nicht gemeldet.

Malente. Seitens der Zimmerer ist über das Baugeschäft des Zimmermeisters Johannes Steffen, hier selbst, die Sperre verhängt worden.

Schönberg. Seinen Verletzungen erlegen ist leider der Schlachter Granzow aus Godendorf, der bekanntlich im Fieberwahn aus dem Fenster gesprungen war.

Ahrensburg. Einer von denen, die nicht alle werden. Ein Landmann in einem Dorfe in der Nähe von Ahrensburg ließ eine Zigeunerin zur Ausübung ihrer Wahrsagekünste in sein Haus. Diese führte eine förmliche Beschwörungskomödie auf; sie ließ den Bauer inmitten des Zimmers sich auf die Erde niederlegen, verband ihm die Augen und umkreiste den geduldig Wartenden, indem sie geheimnisvolle Zauberprüche murmelte. Hierauf raunte sie dem Manne mit geheimnisvollem Flüstern zu, daß er jetzt ganz stillstehen und keinen Laut äußern dürfte. Dann hörte der Bauer sie mehrmals im Zimmer umhergehen, und dann ward alles still. Dem Manne, der mit verbundenen Augen dasaß, wurde schließlich die Zeit lang; nach einer kleinen halben Stunde nahm er die Binde von den Augen und entdeckte jetzt, daß die Alte verschwunden war und mit ihr eine Kassetten mit 250 Mk. — Aufrecht abhütiger Bah'n bewegte sich der Lehrling eines hiesigen Sattlermeisters, indem er sich an der Tochter des Besten in unästhetischer Weise vergriß. Die Altonaer Strafkammer diktierte dem „hoffnungsvollen“ Jüngling 1 Jahr Gefängnis zu.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Sonnabendabend ist in Hamburg ein Mann im Fahrstuhl verunglückt. Von Mannschaften der Feuerwehr wurde der Verunglückte, der starke Quetschungen und andere schwere Verletzungen erlitt, herausgeholt und ins Krankenhaus geschafft. — Als in Hamburg eine Frau wegen Beitelns und Beamten-beleidigung festgenommen wurde, stellte es sich bei der Feststellung der Verurteilung heraus, daß sie die Frau eines Bürgermeisters aus Ostpreußen ist, der früher wegen eines Vergehens zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war. Der Vater der Frau, die jetzt dem Schnapssteufler er-gaben ist, soll als Rentier in Danzig leben, wo auch ein Bruder von ihr als Arzt praktiziert. — Zum Lütjen-burger Mord wird mitgeteilt, daß einer der Verhafteten, der Dienstknecht Herbst in Helmshorn vorläufig auf freien Fuß gesetzt worden ist. — Beim Holzpalten fiel einem Knechte des Erbpächters Witt zu Zieslühbe v. Parchim die Art, welche an einer Leine hängen geblieben war, auf den Kopf. Der Knecht trug eine klaffende Wunde an der Stirn und schwere Verletzung des Schädelsknöchens davon. — Ein 6-jähriger Junge des Kaufmanns Thiele in Brisklich bei Grabow hieb seinem 2-jährigen Bruder das erste Glied des linken Mittelfingers ab.

Hamburg. Vorläufiges Schätzungsergebnis der Staatshaushaltsabrechnung für 1903. Der Fehlbetrag im Voranschlage war 6 925 614 Mark. In der Abrechnung ergibt sich dagegen ein Ueber-schuß von 3 338 000 Mk. Der Senat beantragt daher statt der früher beantragten sieben Einheitsätze eine Einkommensteuer von 6%. — Das verleszte Chrgesäß h. Der Musiketier W. vom 75. Infanterieregiment, der im Jahre 1899 als unflüchtiger Heerespflichtiger eingestellt wurde, desertierte einige Zeit darauf und wurde mit neun Monaten Gefängnis und Verurteilung in die zweite Sol-datenklasse bestraft. Nach Verbüßung seiner Strafe führte er sich so gut, daß er in die erste Soldatenklasse zurückver-setzt wurde. Im Mai 1902 desertierte er abermals und hielt sich über anderthalb Jahr in Hamburg auf, obwohl ihm die Polizei oft auf den Fersen saß. Am 3. Januar 1904 wurde er in der Wohnung seiner hier wohnenden Geliebten verhaftet. Der nun zum zweiten Male wegen Fahnenflucht vor Gericht stehende Angeklagte gibt als Ur-sache seiner Handlungsweise verlesztes Ehrgefühl an, weil seine Kameraden ihn oft an seine Strafe erinnert und daran beleidigende Worte geschlupft hätten. In Hamburg habe er sich als Schauspieler und Kolporteur durchgeschlagen. Ein Bekannter habe ihm einen großen Teil seines Verdienstes als Schweigegehd ab-genommen. Der Ankläger bemerkt hierzu, daß gegen diesen sauberen Ehrenmann eine Untersuchung wegen Er-pressung eingeleitet worden sei. Der Angeklagte sei tat-sächlich wegen beleidigten Ehrgefühls zum zweiten Male desertiert. Er beantragte aus diesem Grunde nur 1 Jahr 3 Monate und 3 Tage Gefängnis und erneute Verurteilung in die zweite Klasse des Soldatenstandes, wel-chem Antrage das Gericht stattgab.

Hamburg. Der rote Tag. Durch den Sieg der Sozialdemokratie ist in erster Linie die Linke, die Haus-agrarienpartei, geschwächt worden. Ist Mandate sind ihr vorläufig abgenommen worden. Ebenso hat die Fraktion des linken Zentrums Verluste zu verzeichnen, während die Rechte anscheinend ungeschwächt aus dem Wahlkampf hervorgegangen ist. Von 2428 abgegebenen gültigen Stim-men vereinigte die Sozialdemokratie 9150 oder 37,7 Proz. auf ihre Kandidaten, also weit über ein Drittel. Die Wahl-beteiligung war eine außerordentlich starke, rund 90 Proz. In mehreren Bezirken unterlagen unsere Genossen nur mit einer ganz geringen Minorität, so u. a. Gen. Stengel, der nur 9 Stimmen hinter seinem Gegner zurückblieb. — Die bürgerliche Presse, die anfangs ganz bestürzt war, hat sich bereits wieder erholt. So schreibt der „Hamb. Corresp.“ u. a.: „Und — auch das läßt sich fast mit Sicher-heit voraussagen — in drei Jahren wird diese Zahl reichlich auf das Doppelte steigen. Wir müssen also mit der Sozialdemokratie künftig als mit einem Faktor rechnen, der sich in unserer Bürger-schaft breit machen wird, wie er sich im Reichstage breit macht, wenn er auch hier so wenig wie dort unmittelbaren positiven Einfluß auf den Gang der Dinge zu üben vermag.“ Den Einfluß der Sozialdemokratie auf den Gang der Dinge werden die Herren wohl bald genug zu spüren bekommen.

Altona. Kindesmord. In einem Hause der Großen Freiheit logierte die 21 Jahre alte unverheiratete Wilhelmine Nitz aus Strelitz. Sie zeigte in der letzten Zeit ein auffälliges Benehmen und in den letzten Tagen fiel es ihrer Logiswirtin auf, daß sie ihren Schloßkorb gegen ihre sonstige Gewohnheit fest verschlossen hatte. Am auffälligsten aber war es der Frau, daß aus dem Schloß-korb ein penetranter Geruch hervorbrang. Sie schickte zur Polizei und diese ließ den Schloßkorb öffnen. — Nun zeigte es sich, daß die Nitz allen Grund hatte, den Schloßkorb nicht zu öffnen, denn sie verberg darin die Leiche eines Kindes, das sie heimlich geboren und gleich nach der Ge-burt getötet hatte. Das Mädchen wurde verhaftet und legte ein reumütiges Geständnis ab.

„Deutsche Frauen, deutsche Treue...“

Die deutsche Sittlichkeit, die germanische Treue und die arische Tugend wurzeln bekanntlich viel zu tief in den Herzen unseres Volkes, als daß die Säulen der Ordnung, der Monarchie und der heiligsten Güter deutscher Völkigkeit jemals zum Wanken gebracht werden könnten. — So wenigstens versichert uns Tag für Tag die „patriotische“ und „staatsbehaltende“ Presse.

Nun will es ein tüchtiger Zufall, daß eines der lautesten dieser Propaganda, die in Magdeburg erscheinende deutsch-nationale „Sachsenschau“, von der „kleinen Garnison“ Pirna, dem Forbach Nr. 2, etwas erfahren hat. Und wie teilt es seinen Lesern für deutsche Sittlichkeit, germanische Treue und arische Tugend den Fall mit? Man höre:

Wiederum geht ein Entrüstungsrummel durch die deutschen Gauen. Wieder ziehen die Generalpächter der Moral und Sittlichkeit die Augenbrauen über die Schläfen und schüttelein die Häupter ob dem sittlichen Verfall und dem Wagnis, hier sich mit dem neuesten Offiziersskandal in Pirna vor den Augen des guten Staatsbürgers aufzutun. Wieder hält man große Reden und stellt ernste Betrachtungen an, um bei der nächsten Affäre daselbst zu tun. Es nützt nichts, daß man diesen Sittenrichtern erzählt, wie in allen anderen Ständen, Berufen und Parteien mindestens ebenso stark in Gebrauch und geschlechtlichen Ausschweifungen gemacht wird, wie es bei drei oder vier Leutnants in Pirna getrieben haben. Es gibt kein Dorf, keine Straße einer Großstadt, in der sich nicht dieselben Romane abspielten. Bauern und Arbeiter, Beamte und Studenten, Kaufleute und — sogar die Stände der Lehrer und Geistlichen, stellen hier dieselben Kontingente. Die Zeitungen müßten 50mal so umfangreich erscheinen, wenn sie die „Geirungen“ aus allen diesen Kreisen ebenso wie die militärischen Divisions breittreten wollten.

Eine nette Beschreibung! Doch sie wird noch vollständiger, wenn wir die andere, die „bessere“ Hälfte der Träger deutscher Sittlichkeit, germanischer Treue und arischer Tugend betrachten. Die deutsche Frau empfindet echt deutschen Abjeh vor der pikanten Französin, sie ist grundverschieden von der liebreicheren Polin und trägt stolz vor aller Welt ihre wohlverdiente Krone der Keuschheit, der Unberührtheit, der ehelichen Hingebung. So hold, so rein, so schön priesz die Sachsenschau bisher das Lob der deutschen Frau! Aber Pirna hat alle ihre Werte umversetzt. Jetzt heißt es:

„Da ist ein 20jähriges Weibchen, die Tochter eines höheren Arztes. Sie ist in Wohlstand aufgewachsen und als höhere Tochter verzärtelt. Auch da, als sie die Gattin des wohlhabenden Offiziers wurde, trat der Ernst des Lebens noch nicht an sie heran, um ihren Charakter zu befestigen. Das Wort Arbeit kannte sie nicht dem Namen nach. Im Hause ihres Mannes fanden ihr Diensthofen zur Verfügung, welche der jungen Frau jede Arbeit nahmen. Und so stellte sich denn die Langeweile ein, der Müßiggang, der aller Laster Anfang ist. Die Freunde ihres Mannes, die jungen Leutnants hatten ebenfalls Zeit und so fanden sich alle diese Momente zusammen, welche die Stiebsabenteurer, wenn auch nicht entschuldigen, so doch zur Genüge erklären. Man forsche unter den Damen unserer höheren begüterten Stände nach und man wird finden, daß man es hier mit einem Beispiel von Tausenden zu tun hat. So treibt es aber auch das Fabrikmädchen und viele Dienstmädchen. So treiben es 90 Prozent aller Verkäuferinnen, Näherinnen und Putzmacherinnen. So treiben es viele Frauen von Handwerkerinnen, Kaufleuten, Bauern, Beamten und Arbeitern. Kein Stand hat dem andern etwas vorzuzusetzen.“

Ei, ei! Die „Damen unserer höheren begüterten Stände“ treiben es durchschnittlich so, wie es von dem „20jährigen Weibchen“ in Pirna bekannt geworden ist. Und „viele Frauen von Handwerkerinnen, Kaufleuten, Bauern und

Beamten“ wollen hinter den Damen und höheren Töchtern nicht zurückbleiben in der Betätigung ihrer echten deutschen Sittlichkeit, germanischen Treue und arischen Tugend!

Eine nette Beschreibung!

Soziales und Parteilieben.

Einführung des gesetzlichen Zehn- und Elfstundentages in der Schweiz. Die Basler Regierung hat dem Großen Rat eine Vorlage, betreffend die Revision des kantonalen Arbeiterinnen- und Arbeitergesetzes, unterbreitet, wodurch daselbst in seinen Hauptpartien einen erfreulichen fortschrittlichen Ausbau erfährt. Schon dem Umfange nach unterscheidet sich die Vorlage von dem Gesetze dadurch, daß sie 21 gegen nur 10 Paragraphen umfaßt. Einen schätzbaren Fortschritt bringt schon der § 1, der die Wirksamkeit des Gesetzes von den Betrieben mit 3 Frauenpersonen ausdehnt auf alle dem eidgenössischen Fabrikgesetz nicht unterstellten Betriebe, in denen auch nur eine weibliche Person, Arbeiterin oder Lehrtochter, beschäftigt ist. Ferner werden in den Geltungsbereich des Gesetzes auch alle Ladengeschäfte einbezogen. Alle diese Geschäfte und Betriebe werden ausdrücklich dem kantonalen Gewerbeinspektorat unterstellt, das durch Organe des Bau- und Sanitätsdepartements unterstützt werden kann. An Stelle des geltenden Elfstundentages wird der Zehn- und Elfstundentag, für die Vorabende von Sonntag und Festtagen der Neun- und Zehn- und Elfstundentag vorge-schlagen, womit das Basler Gesetz endlich dem 1894 geschaffenen Gesetze des Kantons Zürich nachkommt. Den Ladengeschäften wird aber für die über 18 Jahre alten Verkäuferinnen eine elfstündige Arbeitszeit zugestanden. Den Verkäuferinnen ist für jede Sonntagsarbeit eine entsprechende Freizeit an einem Wochentage zu gewähren. Neu ist ferner das Verbot des Mitnachtsaufgebens von Arbeit nach erfüllter gesetzlicher Arbeitszeit und die Verlängerung der Mittagspause von 1 auf 1 1/2 Stunden. Die besondere Entschädigung der Ueberzeitarbeit ist aus dem bestehenden Gesetz in die Revisionsvorlage herübergenommen, aber leider die bezüglich Bestimmung nicht nach dem Vorbild anderer kantonalen Gesetze ergänzt, welche ausdrücklich einen Lohnzuschlag von 25 Proz. vorschreiben. Neu ist die Vorschrift, den Arbeiterinnen in den Ladenlokalen ausreichende Sitzgelegenheit zu bieten und zu gewähren, sowie die Reduktion der Bußen von 1/2 auf 1/4 des Tagelohnes. Beanstandung verbietet die aus dem einen in das andere schweizerische Arbeitergesetz sich hinschleppende, durch nichts gerechtfertigte Bestimmung, daß durch schriftliche Vereinbarung oder durch eine amtlich genehmigte Arbeitsordnung die monatliche Lohnzahlung eingeführt werden kann. Wenn die Arbeiter den Unternehmern 8 bis 14 Tage ihren Lohn kreditieren, so sollte das genügen. Außerdem wird durch die Zulassung solcher Vereinbarungen die vorausgehende Bestimmung, daß der Lohn mindestens alle zwei Wochen auszuzahlen sei, zur leeren Phrase. Neu ist endlich die allerdings in anderen kantonalen Gesetzen schon längst enthaltene Bestimmung, daß das Gesetz in jedem Betriebe an sichtbarer Stelle anzubringen ist. Gegenüber dem bestehenden Gesetz bedeutet die Revisionsvorlage einen großen Fortschritt, vor sozialdemokratischen Fraktionen im Großen Rat ist aber Gelegenheit geboten, den Entwurf in mehreren Beziehungen noch weiter zu verbessern. Der Urheber der Revisionsvorlage, Genosse Regierungsrat Wullschläger, wird sich diesen Bemühungen gewiß nicht widersetzen.

Gegen das Zwangsarbeitsgericht in Neu-Süd-wales hat sich, wie berichtet wird, ein starker Bergarbeiter-Verband (Newcastle coalminer federation) aufgelehnt. Der Verband hatte den Gerichtshof um eine anderweitige Festsetzung des Feuerlohnens gebeten. Nach eingehender Prüfung der Geschäftsbücher der Unternehmern hatte das Gericht die

Herabsetzung der Löhne angeordnet. Anstatt sich diesem Entschiede, wie das Gesetz befiehlt, zu fügen, sind die Bergleute in den Ausstand getreten. Darauf ist Geldstrafe und Gefängnis gesetzt. Aber der Gewerbeverein hat keine Mittel und der Staat nicht Gefängnisse genug, um alle Bergleute einzusperren. Man betrachtet das Ereignis als einen schweren Schlag für das System zwangsweiser Schiedsgerichte, wie es in verschiedenen Formen in Neu-Seeland, Victoria und Neu-Süd-wales besteht.

Der Fall Schippel wird immer skandalöser. Das Harburger „Volksblatt“, dessen leitender Redakteur ehemals der Redaktion der Chemnitzer „Volksstimme“ angehörte, kommt mit folgender konkreten Anklage: „Die unerhörte Art der Chemnitzer „Volksstimme“, Schippel um jeden Preis — selbst auf Kosten der journalistischen Ehrenhaftigkeit des „Vorwärts“-Berichterstatters — herauszurufen, zwingt uns, an den politischen Redakteur des Chemnitzer Blattes folgende Fragen zu stellen: Entspricht der Chemnitzer Kollege nicht mehr der Aussprache mit Schippel in der Redaktion der Chemnitzer „Volksstimme“ vor Beginn der Protestversammlungsbewegung gegen den Polltarif? Ist ihm nicht mehr in Erinnerung, daß Schippel damals im wesentlichen denselben Standpunkt vertrat, der in seinem Berliner Vortrag nach dem „irreführenden“ Bericht des „Vorwärts“ zum Ausdruck gekommen ist? Entspricht er sich nicht mehr der Kontroverse, die namentlich zwischen ihm und Schippel entstand, als letztere erklärte: Fünf Mark Zoll sei kein Wucherzoll, ein höherer agrarischer Zoll sei durchaus berechtigt usw.? Es ist uns unverständlich, woher ein Parteigenosse, der ganz genau — und zwar auf Grund eigenen Meinungsaustausches mit Schippel — weiß, wie sehr von der Fraktionsauffassung abweichend Gen. Schippel in Zollfragen denkt, jetzt den Mut nimmt, in so struppeliger Weise für Schippel und gegen den Berichterstatter Partei zu ergreifen.“ — Trotz der Schwere dieser Anklage hält es Schippel nicht für nötig, darauf zu antworten, er überläßt es vielmehr mutig dem Genossen von der Chemnitzer „Volksstimme“, ob dieser antworten will oder auch nicht. Das spricht nicht gerade für ein gutes Gewissen Schippels.

Ein freigesprochener „Streikführer“. Vom Schöffengericht zu Magdeburg ist am 26. November 1903 der Klempner Rudolf Schüller wegen angeblichen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu 5 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Er hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt, über die nun vor dem Magdeburger Landgericht verhandelt wurde. Die Beweisaufnahme ergab folgenden Sachverhalt: Während des Klempnerstreiks im Herbst vorigen Jahres holte eines Tages der Klempnermeister Gabbe den von auswärts zugereisten Arbeitswilligen Viersch von der Bahn ab. Auf der Straße traten der Angeklagte, der zu den Ausständigen gehörte, und einige seiner Kollegen an Viersch heran und der Angeklagte sagte, indem er den Viersch am Arm festhielt, zu ihm: „Kollege, Du wirst doch nicht so dum sein, zu arbeiten, Du bekommst ja, wenn Du die Arbeit einstellst, Unterstützung vom Verband.“ Viersch hat sich, wie er angibt, durch die Worte nicht beleidigt gefühlt. Von dem Handgriff des Angeklagten sagt er: „Er ist so gewesen, wie man jemand anfaßt, mit dem man sprechen will.“ Das Schöffengericht hatte in der Verurteilung des Angeklagten eine Beleidigung des Viersch und in der Berührung des Armes des Viersch die — Anwendung körperlichen Zwanges (!) erblickt. Der Verteidiger Landsberg führte in seinem Plaidoyer aus: „Die Verurteilung des Angeklagten sei keine Beleidigung. Er, der Verteidiger, habe es schon wiederholt erlebt, daß ein Richter in einer Verhandlung zu Zeugen gesagt habe: „Sie werden doch nicht so dum sein, sich durch einen Meineid in's Buchthaus zu schwören.“ Niemand habe in solchen Äußerungen eine

Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

54. Fortsetzung.

„So? Im — nun, dann wird es wohl auch in Ordnung sein.“ brummte der Notar; „Sie machen außerdem ein paar tausend Stüke mehr in Ihrer Arbeit, wie die anderen Näherinnen. Wie viel Geld haben wir denn aber nun eigentlich beisammen?“

„Ach,“ sagte Käthchen leise, „es fehlt immer noch ein ganzes Taler; es werden jetzt wohl im Ganzen zweihundertfünfzig Taler sein.“

„Lassen Sie uns einmal Ihr Konto nachsehen, mein Kind; das wollen wir gleich herausbekommen.“

„Ach, ich mache Ihnen so viel Mühe, Herr Notar! Aber seit der böse Mensch da oben bei mir einbrach, als ich eben eine Arbeit austrug, und mir die ersten sechs sauer genug erparten Taler fortnahm, hatte ich keine Ruhe mehr, und am Ende hätten sie mir ja auch das Andere gestohlen.“

„Nun — reden Sie nicht von Mühe machen! Andere Leute machen mir Mühe — Sie nicht. Nun wollen wir einmal nachsehen, was Ihnen hier gutgeschrieben ist; zehn Taler haben Sie jetzt, und ausgeschrieben für Sie sind hier dreihundvierzig Taler, also das stimmt.“

„Dreihundvierzig? Nein, Herr Notar, es können nur zweihundvierzig gewesen sein; ich habe mir alles so genau aufgeschrieben, und um einen ganzen Taler hätte ich mich gewiß nicht geirrt. Sie müssen sich da verschrieben haben.“

„Es waren nur zweihundvierzig und sind jetzt zweihundertfünfzig.“

Der Notar schüttelte mit dem Kopfe. „Nun hat die verschiedenen Posten ausgefüllt, und ich selber habe das Geld nachgezählt und für Sie angelegt. Etwas von Hinfen kommt ja auch noch dazu, und es werden jetzt also jedenfalls über vierhundertfünfzig, vielleicht nahe an fünfhundertfünfzig Taler sein.“

„Aber das begreife ich nicht!“

„Und jetzt will ich Ihnen was sagen, mein liebes Kind.“ nickte der Notar guimutig vor sich hin, „jetzt wollen wir auch mit dem Ankauf der Maschine nicht länger warten. Verschreiben Sie denn damit umzugehen?“

„Oh gewiß — so gut!“

„Nun schön, dann sollen Sie eine — und ich suche Ihnen gewiß eine gute aus — noch heute zugeschickt bekommen.“

„Nun schön, dann sollen Sie eine — und ich suche Ihnen gewiß eine gute aus — noch heute zugeschickt bekommen.“

„Nun schön, dann sollen Sie eine — und ich suche Ihnen gewiß eine gute aus — noch heute zugeschickt bekommen.“

„Nun schön, dann sollen Sie eine — und ich suche Ihnen gewiß eine gute aus — noch heute zugeschickt bekommen.“

„Nun schön, dann sollen Sie eine — und ich suche Ihnen gewiß eine gute aus — noch heute zugeschickt bekommen.“

„Nun schön, dann sollen Sie eine — und ich suche Ihnen gewiß eine gute aus — noch heute zugeschickt bekommen.“

„Nun schön, dann sollen Sie eine — und ich suche Ihnen gewiß eine gute aus — noch heute zugeschickt bekommen.“

„Nun schön, dann sollen Sie eine — und ich suche Ihnen gewiß eine gute aus — noch heute zugeschickt bekommen.“

„Nun schön, dann sollen Sie eine — und ich suche Ihnen gewiß eine gute aus — noch heute zugeschickt bekommen.“

„Nun schön, dann sollen Sie eine — und ich suche Ihnen gewiß eine gute aus — noch heute zugeschickt bekommen.“

„Erbischaft?“ sagte Käthchen verwundert. „Ich weiß von nichts — von welcher Erbenschaft denn?“

„Nun, Klingensbruchs haben von der verstorbenen Schwester des Oberleutnant, der Frau Rauschbrod, bedeutend geerbt.“

„Dann können Sie es wohl noch gar nicht wissen.“ sagte Käthchen, „denn als ich an der Tür vorüberging, schienen sie da drinnen zu zanken und zu weinen.“

„So, heh?“ sagte der Notar und zog die Augenbrauen, mit einem drolligen Zug um die Lippen, hoch in die Höhe.

„Haben sich also gezankt und geweint? Gewiß — werden noch gar nichts von der Erbenschaft gehört haben“ — und aufstehend, schritt er in seiner Stube auf und ab und rief sich wie vor innerlichem Vergnügen die Hände. Er beachtete jetzt auch gar nicht, daß ihn Käthchen mit einem freundlichen Grusse verließ, er nickte ihr nur flüchtig zu und setzte seinen Spaziergang noch wohl eine Viertelstunde ununterbrochen fort, bis Muz zurückkam.

Dieser trat wie gewöhnlich ohne weiteren Gruß — denn sie hatten sich ja schon an dem Morgen gesehen, und er selber war nur auf einem Geschäftswege ausgewesen — in's Zimmer, hing seinen Hut an den dafür bestimmten Nagel und ging dann schweigend wie immer zu seinem Pult.

Pfister hatte ihn, schon als er das Zimmer betrat, scharf beobachtet. Der junge Burtsche achtete aber gar nicht darauf und nahm, ohne ein Wort weiter für nötig zu halten, seine Arbeit wieder auf.

„Alles besorgt, Muz?“ sagte der Notar endlich.

„Ja, Herr Notar.“

„Ist die Rechnung in Ordnung?“

„Alles.“

„Die Akten auf's Gericht gebracht?“

„Gewiß; es war gleich mein erster Weg.“

„Und die Briefe abgegeben?“

„Alles pünktlich besorgt; auf den einen Brief mußte ich noch eine Karte kleben, er war doppelt.“

Beleibung erblickt. Sie bedeuete auch gar nicht einen Bruch an der Intelligenz des also Angeredeten, sondern die Meinung des Richters aus, daß der Zeuge zu intelligent sei, um durch ein Verbrechen seine Freiheit zu gefährden. Nicht anders stehe es mit der Äußerung des Angeklagten. Auch dieser habe den Verisch nicht für dumm erklärt, sondern gerade an seine Intelligenz appellieren wollen. Zum mindesten sei er sich des beleidigenden Charakters seiner Äußerung nicht bewußt gewesen. Das müsse umso mehr angenommen werden, als ja auch Verisch selbst in der Äußerung eine Beleibung nicht erblickt habe. Durch die Verührung des Armes des Verisch habe sich der Angeklagte der Anwendung körperlichen Zwanges nicht schuldig gemacht. Die Bewegungsfreiheit des Verisch sei durch die Verührung nicht beeinträchtigt worden. Ueberdies habe der Angeklagte den Verisch nicht angefaßt, um ihn zur Teilnahme an Verabredungen im Sinne des § 152 der Gewerbeordnung zu bewegen, sondern damit Verisch sich diesen Ausführungen an und sprach den Angeklagten frei.

Wegen „Hausfriedensbruchs“ erhielten 11 Königsberger Parteigenossen, darunter die Redakteure unseres Parteiorgans, Borchardt und Marchionini, sowie der Arzt Gottschalk, Anklagen zugeföhrt. Es handelt sich um eine im November abgehaltene liberale Wählerversammlung, in der eine Anzahl Sozialdemokraten erschienen und an das Bureau lediglich die Frage richteten, ob einer von ihnen in der Diskussion das Wort erhalte, worauf man ihnen mit sofortiger Hinauswerfung antwortete. Es kam insfolgedessen zu sehr stürmischen Szenen. — Ein netter Vibe-ralismus!

Eine erfolglose Hausdurchsuchung fand in der Redaktion des „Volkswillen“ in Hannover statt. Es wurde nach dem Manuskript eines Artikels gesucht, der in dem Blatte am 4. Dezember, also vor fast 10 Wochen veröffentlicht worden ist.

Aus Mail und Fern.

Der seltene Fall, daß ein Soldat wegen Majestätsbeleidigung vor dem Militärgericht angeklagt ist, beschäfftigte am Donnerstag das Breslauer Kriegsgericht der ersten Division. Der Kanonier Karl Jordan vom Artillerie-Regiment 6 war der Beleidigung des Kaisers beschuldigt. Die Verhandlung fand auf Antrag des Betreters der Anklage unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, da, wie der Verhandlungsführer anführte, durch Behandlung der Angelegenheit in der Öffentlichkeit eine Gefährdung der militärischen Disziplin zu befürchten ist. Das Urteil lautete: Der Angeklagte wird freigesprochen; das Kriegsgericht habe eine Majestätsbeleidigung nicht gefunden. Am 12. Januar bei Anwesenheit des Kaisers in Breslau erschien der Kanonier auf der Straßabahnstraße im Gespräch zu einem Kameraden: „Ich dachte, da würdest heut eine Art nehmen und damit dem Kaiser in den Wagen oder an den Schädel werfen.“ (Bei einem früheren Kaiserbesuch in Breslau hatte beinahe eine gefahrvolle Szene mit einer Art nach dem Kaiser geworfen.) Das Gericht sah in den Worten des angeblichen Angeklagten nur eine banale, unpassende, unüberlegte Äußerung, die gegen die Disziplin verstoße und deshalb lediglich durch die Bestimmungen der Disziplinarvorschriften zu ahnden sei.

Eheirungen und kein Ende. Dresden scheint, so lesen wir in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, die klassische Stadt der Eheirungen in vornehmen und höchsten Kreisen zu sein. Zurzeit wird ein neuer berediger „Fall“ in eingewählten, wissenden Kreisen lebhaft besprochen. Demnach ist die Frau eines Großindustriellen, der Leinwand von Arbeitern beschäftigt, nach der Schweiz ausgereicht, angeblich mit einem Offizier. Nach einer anderen Version sollen sich beide Teile, Er und Sie, über den „Fall“ auseinandergesetzt haben, und auseinandergegangen sein, nachdem Sie eine respektable Heiratungsumme zugesichert war. Das wäre freilich eine sehr praktische „Lösung“. — Wir erwägen den „Fall“ nur, um auch daran zu zeigen, wie es mit der „Heiligkeit der Ehe“ in hohen und höchsten Kreisen steht.

Der seltene Fall, daß ein freigesprochener Angestellter auf die Kosten des Staatsanwalts vom Reichsgericht sofort in Strafe verurteilt wird, ereignete sich am 11. Februar. Das Landgericht Aachen hatte am 27. Jan. v. J. den Schmidt Eugen Fischer von der Anklage des Betruges gegen das Sprengstoffgesetz freigesprochen und nur wegen Übertretung einer

Vollstreckungsordnung zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte hatte für einen Unternehmer die Dynamitpatronen an die Arbeiter auszugeben und abends die übriggebliebenen Patronen zurückzunehmen. Einige der von ihm ausgegebenen Patronen wurden später auf einer Eisenbahnstrecke gefunden und sollten vermutlich zu einem Verbrechen dienen. Das Verbrechen des Angeklagten wurde von der Anklage darin erblickt, daß er in sein Kontrollbuch nicht die Nummern der Patronen und die Jahreszahl eingetragen hat, so daß nicht festzustellen war, an wen er die fraglichen Patronen ausgegeben hat. Eigentümlicherweise enthielt nun das Buch, welches alle ihm obliegenden Verpflichtungen enthalten sollte, gerade diese Vorschriften nicht. Das Landgericht hat deshalb angenommen, daß der Angeklagte das Vorhandensein eines Tatbestandes, welcher zum gesetzlichen Tatbestande gehört, nicht gekannt hat, und ihn deshalb freigesprochen. Der Staatsanwalt legte Revision ein und legte dar, daß der Irrtum des Angeklagten sich nicht auf einen Tatsachensatz, sondern auf den Inhalt des Gesetzes selbst bezog. Er beantragte deshalb, da Unkenntnis des Gesetzes nicht vor Strafe schützt, die Verurteilung des Angeklagten zu der gesetzlich zulässigen Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis. Der Reichsanwalt trat diesem Antrag bei und das Reichsgericht erkannte dann unter Aufhebung der Geldstrafe und Aufrechterhaltung der tatsächlichen Feststellungen auf drei Monate Gefängnis. — Man hat es hier mit einem Fall zu tun, in dem mit Sicherheit auf Vergnadigung zu rechnen ist.

Neue heftige Erdbeben sind im Vogtland und Fichtelgebirge aufgetreten. Im Frankenwald erfolgten sogar sieben starke Erdstöße, welche Häuser erschütterten und Lampen zum Herabfallen brachten.

Die Japaner in Deutschland. Die Zahl der Japaner in Deutschland, so berichtet die „Berliner Börsenzeitung“, ist verhältnismäßig gering. Nur ausnahmsweise läßt sich der Japaner hier zu Lande nieder, um Handel zu treiben. Die Mehrzahl der in Deutschland lebenden Japaner sind Leute in jüngerem Alter. Sie suchen Europa auf, um sich weiter auszubilden und die Errungenschaften der abendländischen Kultur sich anzueignen. Im Ganzen mügen vor Ausbruch des Krieges etwa 150 Japaner in Deutschland gewesen sein, von denen 60—70 in Berlin wohnten. Der großen Mehrzahl nach sind es studierte Leute oder Offiziere. Meist haben sie bereits einen Grad oder einen Titel in der Heimat erworben, ehe sie nach Europa kommen. Sie sind meist Doktoren der verschiedenen Fakultäten, Majore oder Korvettenkapitäne. Doch befinden sich auch einzelne japanische Studenten in Berlin, ebenso Musikschülerinnen u. s. w. Dazu kommt das Personal der japanischen Gesandtschaft. Die Japaner wohnen in Berlin vielfach in besonderen Pensionen, die zum Teil seit Jahrzehnten nur zur Aufnahme von Angehörigen dieses Volkes dienen. Die Japaner bevorzugen den Westen oder Noabit. Abgesehen von Berlin giebt es Japaner fast in sämtlichen Universitätsstädten. Auch die technischen Hochschulen in Aachen, Dresden und Hannover werden von ihnen aufgesucht. Im übrigen sind es meist größere industrielle Niederlassungen, welche die Japaner aufsuchen, so Krupp in Essen und Magdeburg. Es giebt aber auch einzelne Japaner in Orten wie Frankfurt a. M., Hamburg und München. Ein Japaner lebt in Weimar. Eadlich studiert ein japanischer Forstpat bei der Oberförsterei Kehrberg in Pommern.

Süß (Sprich Schand), die Hauptstadt von Korea, die vielleicht schon in der nächsten Zeit der Schamplaz wichtiger Ereignisse sein wird, ist das Zentrum des gesamten öffentlichen Lebens im Lande. Die Stadt, deren Einwohnerzahl im Jahre 1902 auf über 193 000 angegeben wurde, ist mit der Eisenbahn von dem 30 Kilometer entfernten Dschemulpo aus oder durch eine Fahrt den Han-Juß hinaus zu erreichen. Süß liegt in einem Tal von etwa acht zu fünf Kilometer Ausdehnung; seine sich dicht aneinander drängenden, mit Stroh gedeckten Hütten geben ihm den Anblick eines Riesenselbes, auf dem dränuliche Hügel wachsen. Eine große, 35 bis 40 Fuß hohe Umwallung aus festem Mauerwerk oder aus Erdbänken mit Steinwerk verbleudet umgibt den Ort; sie hat einen Umfang von 22 Kilometern, ist ihrer ganzen Länge nach mit Planen versehen und von vier großen und vier kleinen Toren durchbrochen. — Tunnels zwei oder drei Ziegelbauern der markwürdig gebogenen Form, die man von Eisensteinen Bildern kennt, überragt sich. Die Mauer geht bergauf und bergab, steigt in eine Schlucht und kommt an der anderen Seite herauf, schließt hier ein Stückchen Wald und dort ein leeres Feld ein. Von

Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang sind die Tore durch massive hölzerne Türen geschlossen, die mit Eisen verzahnt und verriegelt sind; sie haben hochtönende Namen wie „Portal der strahlenden Lebenswürdigkeit“, „Tor der erhabenen Humanität“. Keine Befehlsung öffnet diese Türen des Nachts, und selbst ein europäischer Konsul mußte diese Türen des Nachts, „Frankfurter Zeitung“ schreibt, als er sich verspätet hat mit einem Seil über die Mauer gezogen werden. Durch das „Tor der Toten“ müssen alle Leichen zur Beerdigung getragen werden. Rund um die Stadt liegt ein reizendes Waldland mit vielen hübschen Dörfern. Über inneren der Mauern ist Süß unbeschreiblich armelig und schmüßig. Zwei Hauptstraßen durchschneiden die Stadt von Nord nach Süd und von Ost nach West; im übrigen der Stadt sind nur enge und wacklige Gassen der durch viele Verkaufsbuden gehemmt wird. Daß die Stadt so armelige Gestalt von elektrischer Straßenbahn und Beleuchtung hat, ist in der letzten Zeit öfter erwähnt worden. Die meist einstöckigen Häuser werden durch eine unter dem Fluß durchgehende Kanalaröhre erwärmt, in der Lammenzweige verbrannt werden, und statt eines Schornsteins strömt ein Rauchloch den Rauch auf die Vorübergehenden aus. Den ganzen Tag kommen Däsen mit großen Haufen Kaffee in die Stadt, und um sechs Uhr, zurzeit des Kochens, hängt über der ganzen Stadt der aromatische Rauch der Zweige. Die engen Gassen, die die Stelle der Straßen versehen, sind von grünen schlammigen Gräben eingefaßt, in die die Abfälle des Hauses geworfen werden, und an ihren Rändern sitzen halbnackte kleine Kinder und reudige Hunde und spielen im Schmutz. Badendhaber legen oft einige Bretter über den Gräben und errichten einen Verkaufstand für grün- oder rotgefärbten Kandiszucker, weiße Baumwollwaren, Bambushüte, Töpferwaren, Körbe, Perlen, Röhren und billige europäische Waren. Streichhölzchen werden flack verkauft. Die Leute sind so arm, daß oft der ganze Vorrat eines Lebens nur wenige Mark wert ist, und die Leute festigen lange über einen Preis von wenigen Mark. Süß ist der Mittelpunkt des öffentlichen Lebens, der Zugang zu jeder Beförderung. Auf den Straßen drängen sich lungernende Jünglinge, die darauf warten, daß sich für sie etwas findet. Die Beamten des ganzen Landes haben dort ihre Stadthäuser und überlassen während eines großen Teils des Jahres ihre Arbeiten ländlichen Unterbeamten.

Übercker Stadttheater.

Der fliegende Holländer, Oper in 3 Akten von R. Wagner. Am 13. Februar 1883 starb in Venedig ein Mann, der als politischer Revolutionär 1849 die Welt zwar nicht aus den Angeln heben konnte, der aber auf musikalischem Gebiete Ummwälzungen ungeahnter Art hervorgerufen hat: R. Wagner. Zum Andenken an den Schöpfer des Musikdramas wurde am Freitag „Der fliegende Holländer“ aufgeführt. Es ist dieses eines der ersten Werke des Bayreuther Meisters und trägt noch nicht so ausgeprägt die Züge der späteren Musikdramen; deshalb wäre vielleicht eine andere Wahl zu empfehlen gewesen. Sines soll aber gleich vorweg gesagt werden: die Aufführung war durchweg gut. Fr. Daniela als Senta nahm das Hauptinteresse für sich in Anspruch. Das schwärmerische Mädchen erhielt von ihr eine so innige Wiedergabe, daß man seine Freude daran haben konnte; dabei war ihr Gesang von hinreichendem Wohlklang. Auch Herr Hermannus bewies als Holländer, daß er ein denkender Künstler ist, der nebenbei auch über prächtiges Material verfügt. Wenn er auch noch manchen Zug des ruhelosen Seefahrers vertiefen konnte, so war doch seine Gesamtleistung sehr anerkanntswert. Als Crit stellte sich ein neuer Tenor, Herr Schröter, vor. Derselbe hat zwar eine ganz angenehme, nach der Tiefe hin allerdings etwas schwache Stimme, war aber noch zu schüchtern, um rechten Eindruck machen zu können. Die Leistungen der Herren Scholz (Daland) und Werner (Steuermann) sind als gut vom vorigen Jahre her bekannt und rechtfertigen auch diesmal ihren guten Ruf. Lächliches bot Fr. Bartels als Mary. Die Chöre hielten sich recht brav. Herr Kapellmeister Trummer bewies wieder, daß er ein sehr tüchtiger Dirigent ist.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 13. Februar. Der Schweinehandel verlief gut. Zugeführt wurden 1600 Stück. Preis: Sengschweine — Mk., Verjandtschweine, schwere 45—46 Mk., leichte 45—46 Mk., Sauen 40—43 Mk. und Ferkel 40—44 Mk. pro 100 Pfund.

Der Notar nickte langsam vor sich hin, schien aber schon wieder mit seinen Gedanken abzuschweifen, bis sich sein Blick auf ein Paar Hände und er nach einer Weile sagte: „Ersuchen Sie mich, was ich Ihnen sagen möchte: wie viel Geld hat die Frau nach der Kaiserin da drüben, der Kaiserin Kaiser, Kaiserin?“

„Was Sie mir geben, Herr Notar; ich weiß es nicht sehr genau — wer es etwas nicht richtig?“

„Nein“, sagte Kaiser. „Ich weiß doch nicht“, flüsterte er mit seiner Frau — „ich bin sehr überzeugt, daß es richtig gewesen sein muß. Ich habe es ihr selber versprochen.“

„Und es war trotzdem nicht richtig“, sagte der Notar und sah den Blick nicht von seinen Schreibern; „es war zu viel.“

„Ja viel, Herr Notar?“

„Ja, und ich schon früher auch einmal zu viel gegeben, und war auch ein Fehler mehr hier in der Sache, als sie eingekauft hat.“

„Das begreife ich nicht“, flüsterte er.

„Aber ich begreife es“, sagte Kaiser; „das hat die Kaiserin als Kaiserin gesagt, und wie kommt es dazu, Herr?“

„Herr Kaiser; sein Gesicht war jetzt wirklich furchtbar geworden. Eadlich sagte er leise: „Als Schreiber hätte ich es dem Notar doch nie im Leben anvertrauen, und sie ist so arm, sie lebt so elendiglich — ich kann einmal zu ihrem Schreiber, es besteht nur aus einer Tafel Kaiser ohne Kaiser und einem Stück Schokolade.“

„So?“ sagte Kaiser.

„Und es ist ein so kleines Mädchen und immer so geistlos und geistlos, mit mir einer Klage.“

„Ja, und da hat die Kaiserin gesagt?“

„Schreiber — mit den paar Talern, Herr Notar?“

„Und weshalb hast Du ihr da nicht mehr gegeben?“

„Von den paar Talern, Herr Notar?“

Ein eigenes Lächeln zuckte um die Lippen des Alten, aber er sagte nichts weiter, und Kaiser, der selber das Gespräch nach anderer Richtung zu lenken wünschte, erzählte jetzt wie zusammenstreichend mit dem Amerikaner und was dieser ihm mitgeteilt. Kaiser hörte aufmerksam zu.

„Und Sie habt den Betreffenden nachher nicht mehr angetroffen?“

„Nein, Herr Notar.“

„Hast Du schon im Adressbuch nachgesehen?“

„Ja, schon damals, Herr Notar; da steht aber nur ein Kaffeehaus angegeben, und das ist ein Kaffeehaus hier in der Stadt und auch wohl schon lange hier anständig, denn in dem alten Adressbuch steht er ebenfalls. Wäre es nicht vielleicht gut, wenn ich ein paar Talern nach Hamburg schickte, um wenigstens die Adresse zu geben?“

„Ja, ich weiß nicht, die Spar ist noch vertenselt; wenn wirklich angenommen, daß der Mann so heißt und in Amerika war, ist es noch immer sehr die Frage, ob nicht eine Menge kleinerer Räume dort heranzufinden sind und noch heranzufinden.“

„Sie Sie meinen...“

„Nein, Schreiber können wir immer — und noch Eins: frag doch gleich einmal an, ob die Dame keine Photographie des Betreffenden hat; das würde die Sache außerordentlich erleichtern, und man braucht nicht auf das Geringste zu handeln.“

„Ich weiß, Herr Notar...“

„Denken Sie es wieder, und auf den geschäftlichen Umständen.“

„Kauf hat Hauptmann Dürckel ins Zimmer und sagte nach freundlichem Gruß:“

„Mein lieber Herr Notar, darf ich Ihre Zeit für ein paar Momente in Anspruch nehmen?“

„Gewiß, Herr Hauptmann; womit kann ich Ihnen dienen?“

„Es ist nur vor allen Dingen eine Anfrage. Sie wissen doch, daß eine Heirat jeden beim Theater abgeschlossenen Kontrakt löst?“

„Ich weiß eigentlich nicht, daß das ein bestimmt ausgesprochenes Gesetz ist“, sagte der Notar, „ich habe es wenigstens, soweit ich mich erinnere, noch in keiner Gesellschaft gefunden; aber ich weiß, daß es von allen Theater-Direktionen als bestehend angenommen wird, und das ist dann das Nämliche.“

„Ja“, sagte von Dürckel, „die Sache ist nur die, daß meine Braut — Sie wissen doch, daß ich mit Fräulein Wendheim verlobt bin? — (der Notar verbogte sich leicht, als Bestätigung), daß meine Braut also,“ fuhr der Hauptmann fort, „unvorhergesehener Weise eine Klausel in ihrem Kontrakt hat einschmuggeln lassen, wonach sie sich dieses Vorrechts begibt und verspricht, selbst im Falle einer Verheiratung ihren noch auf mehrere Jahre laufenden Kontrakt bei einer Konventionalkasse von zweitausend Talern, die auch auf „Durchgehen“ lautet, einzuhalten.“

„Das ist freilich fatal“, sagte der Notar sinnend — „und Sie wollen natürlich Ihre Fräulein Braut, oder später Ihre Frau Gemahlin, nicht länger beim Theater lassen.“

„Natürlich nicht; ich kann das schon nicht in meiner Stellung, besonders mit dem hochhaften Regensentropfen hier, das einem anständigen Mädchen selten Gerechtigkeit werden läßt. Ich würde da vielleicht in höchst unangenehme Kon- flikte geraten.“